

Rechenschaftsbericht zum Kreisparteitag der SPD Stormarn am 31.10.2020

Liebe Genossinnen und Genossen,

es liegen außergewöhnliche Monate hinter uns. Wir mussten und müsse eine Situation bewältigen, die es so in unser aller Leben noch nicht gegeben hat. In der Krise wurde deutlich, dass es vor allem eins braucht: Solidarität. Und das ist seit jeher der Kern unserer sozialdemokratischen Politik.

Insbesondere in den ersten Wochen der Krise mussten wir Politiker:innen Entscheidungen treffen, die nicht immer einfach waren. Dabei hat es im Land in den ersten Tagen der Krise eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung, den regierungstragenden Fraktionen und uns als größter Oppositionspartei gegeben. Dies veränderte sich jedoch schnell wieder und die Landesregierung begann auf eigene Faust – und das nicht besonders glücklich – ihre Politik umzusetzen. Das gab uns genug Stoff unsere Rolle als Opposition auszufüllen und der Regierung auf die Finger zu schauen. Wenn es nach uns gegangen wäre, hätten wir die Bedeutung von Familien und Kindern früher und stärker in den Fokus genommen als es die Regierung getan hat.

In diesem Rechenschaftsbericht soll es aber nicht primär um die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Herausforderungen gehen. Vielmehr möchte ich Euch in diesem Bericht einen breiten Einblick in meine Arbeit im Landtag geben. Er behandelt sowohl die Arbeit im Landtag, in den Ausschüssen und der Fraktion, als auch vor Ort im Wahlkreis. Die letzten zwei Jahre hatten einiges, nicht nur freudiges, zu bieten: Neben Corona waren es vor allem der rechtsextreme Terror und sein verbaler Wegbereiter, die AfD, die meine Arbeit im Parlament prägten. Aber auch in den Feldern Kinder- und Jugendpolitik, Aus- und Weiterbildung und im Engagement für mehr Demokratie hat sich einiges getan. Ein wichtiger Faktor in der Oppositionsarbeit ist die Generierung von Aufmerksamkeit. Dies gelang mir vor allem mit einer klaren Kante gegen die AfD und den Rechtsterrorismus, aber auch mit der Diskussion um Bundeswehr an Schulen und einer

Wahlrechtsabsenkung bei Bundestagswahlen. Hier konnte ich sozialdemokratische Akzente setzen für mehr Demokratie, Antifaschismus und Antimilitarismus.

Wenn Ihr über den Bericht hinaus Fragen habt, zögert nicht, mich direkt anzusprechen. Ausführliche Informationen findet ihr auch auf meiner Homepage.

Mit solidarischen Grüßen
euer



Oppositionsarbeit im Zeichen von Corona und Rechtsterrorismus

Seit nunmehr drei Jahren sitzen wir in der Opposition. Und das in zweifacher Hinsicht, denn wir schauen nicht nur der Regierung und ihrer Mehrheit auf die Finger, sondern befinden uns in Richtung AfD in einer Fundamentalopposition. Als aufrechte Sozialdemokraten freut es uns, dass sich diese Partei langsam selbst zerlegt und die AfD-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag nunmehr Geschichte ist. Dennoch ist die AfD nicht verschwunden und es bleibt unsere Verantwortung den Menschen klar zu machen, dass mit dieser Partei keine Politik zu machen ist.

Meine parlamentarische Arbeit der letzten zwei Jahre war geprägt durch meine Ausschüsse, sowie die politischen Fachbereiche, die ich als Sprecher begleite. Als Mitglied im Petitionsausschuss kann ich eine wichtige Aufgabe innerhalb des Parlaments wahrnehmen. Ein solcher Petitionsausschuss mag unter Parlamentariern als nicht besonders prestigeträchtig gelten, doch zu Unrecht. Er ist eine wichtige Säule in unserer Demokratie und ich bin stolz dort mitwirken zu dürfen. Mein zweiter Ausschuss mag ebenfalls nicht im Mittelpunkt der politischen Berichterstattung stehen, doch auch dieser ist nicht minder wichtig. Der Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg ist vor allem aus Stormarner Perspektive eine wertvolle Institution, die das Leben in unserer Metropolregion erleichtert. Wie wichtig eine Zusammenarbeit zwischen den Ländern ist, haben wir nicht zuletzt während der ersten Welle der Corona-Pandemie gesehen.



Der Schwerpunkt meiner Tätigkeiten als Landtagsabgeordneter war aber vor allem durch die Themen geprägt, in denen ich als Fachpolitiker für die SPD-Fraktion im Landtag aktiv bin. Als Sprecher für Berufliche Bildung, Demokratie, Kinder und Jugend, Politische Bildung sowie Rechtsextremismus und -populismus habe ich wichtige Themen vorangebracht und Missstände aufgegriffen. Dabei standen die fairen Entlohnung von Auszubildenden und die finanziellen Entlastung von Pflege- und Heimkindern, leider auch immer wieder der Umgang mit den menschenverachtenden Reden und Taten von Rechtsextremist:innen im Fokus.

„Der Sumpf, aus dem der NSU kroch, ist nicht trocken“ – AfD und Rechtsextremismus

Die letzten zwei Jahre kam es immer wieder zu Angriffen, Übergriffen und Anfeindungen von Rechtsextremisten. Traurige Höhepunkte waren in Deutschland der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019, der Anschlag auf die Synagoge in Halle im Oktober 2019 und der Amoklauf von Hanau im Februar 2020. Sie können als Ausdruck einer Verrohung des politischen Klimas in Deutschland verstanden werden. Dabei verwischt die Trennlinie zwischen den Begriffen ‚Rechtsextremismus‘ und ‚Rechtspopulismus‘ immer mehr – wenn es sie je gegeben hat. Es wird immer deutlicher, wie aus menschenverachtender Rhetorik menschenverachtende Taten werden. Die spaltenden Worte der AfD und anderer rechter Agitatoren stacheln diejenigen an, die sich für die Vollstrecker eines ‚Volkswillens‘ halten. Dabei schwimmen auch die AfD-Mitglieder und -Funktionäre im Sumpf, aus dem der NSU gekrochen ist. Man kann nicht in der AfD sein und gleichzeitig für Humanität und Menschenwürde eintreten wollen. Für diese Äußerung erntete ich viel Zuspruch, aber auch Kritik aus den Reihen der so Bezeichneten. Der AfD-Abgeordnete Jörg Nobis zeigte mich für diese Äußerung wegen Volksverhetzung an. Ein Vorgang, den unser SPD-Fraktionschef Ralf Stegner mit den Worten quittierte: „Einschüchterungsversuche von Rechtsradikalen haben uns noch nie interessiert. Im Übrigen sind die Aussagen des Kollegen von Pein nicht seine Einzelmeinung, sondern er hat im Namen der ganzen Fraktion gesprochen.“

Die Ereignisse und Debatten rund um die rechtsextremen Morde, waren jedoch nicht die

einzigsten Vorgänge zu den Themen ‚Rechtspopulismus‘ und ‚Rechtsextremismus‘ in den letzten zwei Jahren. Mit einer Kleinen Anfragen und klaren Worten habe ich zu Konzerten von Nazis und der Band Frei.Wild Stellung bezogen. Für mich als Sozialdemokrat ist klar: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit muss in all seinen Facetten bekämpft werden.



Jedes Jahr befasse ich mich mit dem Verfassungsschutzbericht und dem Landesaktionsplan gegen Rassismus der Landesregierung und stelle in jedem Quartal eine Kleine Anfrage zur politischen Kriminalität in Schleswig-Holstein. Zudem gibt es einen regelmäßigen Austausch mit Beratungseinrichtungen im Bereich des Rechtsextremismus. Auf Grund meiner Erfahrungen und auf der Basis mehrerer Studien im Bereich Rechtsextremismus komme ich zu dem Schluss, dass rechte Einstellungen in der Bevölkerung normaler geworden sind. Vor diesem Hintergrund finde ich es sehr gut, dass es einen Landesaktionsplan gegen Rassismus gibt. Dennoch tut die Jamaika-Koalition zu wenig. Statt nur Lippenbekenntnisse zu machen, muss der Aktionsplan im

Alltag der Menschen ankommen und die Kriminalitätsverhütung in diesem Bereich gestärkt werden. Das habe ich in den entsprechenden Debatten im Landtag immer wieder gefordert.

Nach dem Mord an Regierungspräsident Walter Lübcke und der Erkenntnis, dass Rechtsextremisten sogenannte ‚Todeslisten‘ oder ‚Feindeslisten‘ von politischen Gegnern erstellt haben, brachte ich für die SPD-Fraktion den Antrag „Besserer Schutz von Demokrat:innen gegen rechtsextreme Bedrohungen“ ein. Dabei ging es um die Frage, wie Menschen mit einem Eintrag auf einer sogenannte ‚Todesliste‘ umgehen sollen, wenn sie nicht einmal davon wissen oder nicht richtig zu ihren Optionen beraten werden. Um nicht dieselben Fehler wie beim NSU zu wiederholen, muss der Rechtsstaat mit aller gebotenen Härte zurückschlagen. Dafür muss er bei den Betroffenen anfangen und sie nicht nur unaufgefordert über den Sachverhalt informieren, sondern ihnen auch Hilfe anbieten. Das Thema klein zu reden und am Ende weitere Mordopfer zu beklagen, darf nicht unser Anspruch an Sicherheit sein. Leider herrschte im Umgang mit den ‚Feindeslisten‘ im Landtag Uneinigkeit. Innenminister Hans-Joachim Grote sah in meinen Forderungen eine Belastung für die Sicherheitsbehörden. Er war der Meinung, dass entsprechende Personen bei akuter Gefahrenlage benachrichtigt und beraten werden würden. Das reicht mir jedoch nicht aus: Die Gefahr ist real – anonyme Bedrohungen müssen ernst genommen werden. Die kontroverse Debatte wurde zur weiteren Beratung an den Innen- und Rechtsausschuss übergeben.

Corona und Verschwörungserzählungen – Gefahr für die Demokratie?

Im Rahmen der Corona-Pandemie kam es an vielen Orten in Deutschland zu Protesten. In vielen Fällen mischten sich sowohl Rechtsextreme als auch Verschwörungsideologen und Verschwörungsgläubige unter die Demonstranten oder inszenierten die Proteste sogar. Aus diesem Grund habe ich den Antrag „Verschwörungserzählungen stoppen“ eingebracht. Dieser wurde kontrovers diskutiert und in den Innen- und Rechtsausschuss zur weiteren Beratung überwiesen. Gut so – auf diesem Weg bleibt das Thema auf der Tagesordnung des Landtages.

Für eine Online-Veranstaltung am 13. Juni zum Thema Verschwörungserzählungen konnte ich die Bestseller-Autorin Katharina Nocun gewinnen.

Zusammen mit dem Publikum diskutierten wir unter anderem darüber, wie gefährlich Verschwörungserzählungen sind und was wir gegen solche Mythen machen können. Das Thema bleibt nach wie vor aktuell und wird von mir beobachtet.



„Wir wollen, dass junge Menschen ein gutes Leben führen können. Unabhängig, selbstbestimmt und abgesichert.“ – Kinder- und Jugendpolitik

Neben den ebenso wichtigen wie belastenden Auseinandersetzungen im Bereich des Rechts-Extremismus, standen die Kinder- und Jugendpolitik sowie die Aus- und Weiterbildung im Zentrum meiner Arbeit. Bevor ich 2020 meine Sprecherrolle für berufliche Bildung an meine Kollegin Kirsten Eickhoff-Weber abgegeben habe, konnte ich noch einige Akzente gegen die Regierung setzen. So habe ich 2018 der Regierung deutlich gemacht, dass das Schleswig-Holsteinische Institut für Berufliche Bildung in die Zuständigkeit des Bildungsministeriums und nicht ins Wirtschaftsministerium gehört. An der Gleichwertigkeit der beiden großen Säulen des Schulsystems – den berufsbildenden und den allgemeinbildenden Schulen – darf nicht gerüttelt werden. Sie müssten vielmehr gegenseitig stärker durchlässig sein. Die Regierung hat sich jedoch mit ihren wirtschaftlichen und arbeitsmarktverwertbaren Interessen durchgesetzt – ein Fehler, den wir in zukünftiger Regierungsverantwortung revidieren müssen.

Am Anfang des darauffolgenden Jahres stellte ich klar, dass Jugendliche von ihrer Ausbildungsvergütung leben können müssen. Mit einem entsprechenden Antrag setzte ich mich für die Einführung einer Mindestvergütung für Auszubildende ein. Erfreulicher Weise überholten uns die

bundespolitischen Entscheidungen, denn die SPD konnte sich mit einer entsprechenden Forderung durchsetzen. Es ist wichtig, dass bei bundespolitischen Themen auch Initiativen und Druck aus den Ländern kommt. So geschehen auch beim Schutz von Kindern vor Passivrauchen im Auto. Eine Initiative, die auf einen Antrag von mir im Jahr 2018 zurückgeht und mittlerweile vom Bundesrat verabschiedet wurde. Ein wichtiger politischer Erfolg.

In Richtung Bund zielte auch eine Initiative zur finanziellen Entlastung von Pflege- und Heimkindern, die ich für unsere Fraktion eingebracht habe. Dieser Idee schlossen sich, ebenso wie auch bei meinem Antrag „Kinder und Jugendliche in der Heimerziehung nicht allein lassen“, die Fraktionen der Jamaika-Koalition mit Änderungen an. So standen am Ende einstimmig verabschiedete Anträge zum Wohle der Kinder und Jugendlichen. Diese beiden Beispiele zeigen, dass wir die Politik auch aus der Opposition heraus mitgestalten und zum Wohle der Bevölkerung Akzente setzen können. Das muss jedoch noch besser bei der Bevölkerung ankommen und sich in Wahlergebnissen niederschlagen.



Das Wohl von Kindern beschäftigte den Landtag auch im Jahr 2020. In Kurheimen kam es in den 1950er bis 1980er Jahren zu Misshandlungen und Missbrauch. Ende 2019 hatten sich Betroffene erstmals zusammengefunden und die Politik aufgefordert, sich an der Aufarbeitung zu beteiligen. Als Landtag haben wir uns der Sache schnell angenommen und in einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und den Abgeordneten des SSW die Landesregierung aufgefordert, sich an der Aufarbeitung zu beteiligen. Ich habe mich in dieser

Sache klar positioniert: Wir können Zuhören und Aufklärung auch dazu nutzen, dass das, was geschehen ist, in Zukunft nie wieder passieren kann, und viel daraus lernen.



Welche Altersgrenze ist die richtige, um sein Wahlrecht wahrnehmen zu können? Als überzeugter Kinder- und Jugendpolitiker bin ich für altersgerechte Partizipation, Demokratie und Mitbestimmung von Geburt an. Dies leitet sich schon aus den Kinderrechten ab. Deshalb hatte ich mich bereits erfolgreich für das Wahlalter 16 bei Landtagswahlen eingesetzt. In SH dürfen Jugendliche ab 16 sowohl bei Kommunal, auch bei Landtagswahlen wählen. Für den Bund gibt es derzeit noch keine Mehrheit. Eine Bundesratsinitiative von SH dazu hätte ich begrüßt. Leider konnte sich Jamaika (CDU-Grüne-FDP) nicht überwinden. Doch eigentlich ist auch diese Altersgrenze recht willkürlich gewählt, weshalb der Bundesjugendring und andere Jugendverbände schon länger das Wahlalter 14 diskutieren. Auch ein Familien- oder/und Kinderwahlrecht steht zur Diskussion. Aus meiner Sicht wäre es gut, über das Wahlalter 14 nachzudenken. Die Diskussion steht aber noch ganz am Anfang und es stellt sich

weiterhin die Frage, ob wir den Mut haben, darüber offen zu diskutieren.

Mut braucht es auch, sich gegen Militarismus einzusetzen. Mehrere Kleinen Anfragen zum Thema Bundeswehr an Schulen im Jahr 2019 und die begleitende Berichterstattung in den Medien stieß nicht bei allen Kolleg:innen auf Gegenliebe. Angestoßen vom Berliner Landesverband der SPD, gab es eine bundesweite Debatte, an der auch ich mich beteiligte. Dabei ging es mir nicht per se um die Ablehnung der Bundeswehr als Gesprächspartnerin für den Unterricht. Vielmehr geht es darum, nicht bei Minderjährigen für einen – im Zweifel tödlichen – Dienst an der Waffe zu werben und militärische Positionen unausgeglichen in die Klassenräume zu tragen. Die Bundeswehr ist als Parlamentsarmee unbestritten ein Teil unseres demokratischen Staates und unserer Gesellschaft. Daher darf sie auch Ansprechpartnerin an Schulen sein. Aber ihre Vertreter:innen, die sogenannten Jugendoffiziere, können das Neutralitätsgebot logischerweise nicht einhalten. Leider sind die Lehrkräfte oft fachlich nicht entsprechend ausgebildet, um einen kritischen Gegenpart zu übernehmen. Daher fordere ich weiterhin: Keine Werbung für den Dienst an der Waffe bei Minderjährigen und keine einseitige Expertise von Soldat:innen im Unterricht. Schließen möchte ich mit den Worten unseres Genossen Kai Dolger: "Ich wehre mich dagegen, Pazifismus zu denunzieren."

Verkehrspolitik, Corona und die Kolonialzeit - Arbeit im Wahlkreis Stormarn-Mitte



Die Wahlkreisarbeit war in diesem Jahr vor allem durch Corona geprägt. Mit einer aufsuchenden

Beratung habe ich die Menschen im Wahlkreis aktiv angesprochen. In der Krise kam uns Parlamentariern eine Art Scharnierfunktion zu, als Multiplikatoren von Informationen und als Seismografen für die Stimmungen und Bedürfnisse vor Ort. Das hält bis heute an. Zuletzt habe ich bei einer Tour durch die Ahrensburger Innenstadt die Stimmung im Einzelhandel abgefragt.



Die Monate im Zeichen von Corona sollen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es vor und nach der ersten Welle zahlreiche Termine im Wahlkreis gegeben hat. Bei Besuchen in einer Landgärtnerei, einem Hotel, einem Bauernhof, Schulen, Unternehmen, beim Rettungsdienst, bei der Polizei und der Rettungsleitstelle in Bad Oldesloe, in der Kinderstadt Stormini, Krankenhäusern und einigen mehr, konnte ich mit den Menschen in Stormarn ins Gespräch kommen und Impulse für meine Arbeit im Landtag mitnehmen.

Neben dem Kontakt zu den Bürger:innen, habe ich in den letzten zwei Jahren auch den Austausch zwischen den Ortsvereinen in meinem Wahlkreis und der Kreispolitik mit mir als Landtagsabgeordneten verstetigt. Bei unseren „Mitterunden“ haben wir uns vor allem zu landespolitischen Themen mit einem Bezug zur kommunalen Ebene ausgetauscht. Beispielweise ging es um die Kita-Reform. Zudem konnte ich mit einer Intensivierung meiner Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mehr Aufmerksamkeit für

landespolitische Inhalte und meine Arbeit generieren. Diesen Trend gilt es fortzusetzen und zu verfeinern, um insbesondere jüngere Menschen im Wahlkreis und im Land für Landespolitik zu interessieren.

Neben Fragen zur Kita-Reform spielten vor allem Infrastrukturprojekte wie der Ausbau der B 404 bei Lütjensee, die S 4 in Ahrensburg oder die Müllverbrennungsanlage in Stapelfeld eine große Rolle in der Wahlkreisarbeit. Der Ausbau der Bahnverbindung im Zuge der Festen Fehmarnbeltquerung (FFQ) und der Neubau der Gleise für die S4 von Hamburg bis Ahrensburg waren in den Monaten vor der Corona-Pandemie eines der Top-Themen in Stormarn. Auf kommunaler Ebene hat sich ein Zusammenschluss der betroffenen Gemeinden und der Kreispolitik gebildet. Auch in meinem Büro ist das Thema seit langem beobachtet worden. In enger Zusammenarbeit mit Nina Scheer (MdB) haben wir im Februar einen SPD-internen Runden Tisch veranstaltet. Bei dem Treffen haben wir verschiedenen Blickwinkel aus Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik in Ahrensburg austauschen können. Da es sich bei den Schienenprojekten in erster Linie um eine bundespolitische Angelegenheit handelt, hat Nina die Federführung in dieser Sache übernommen. Für mich steht fest, dass die S 4 kommen und vielen tausenden Pendlern das Leben erleichtern wird. Daneben braucht es aber auch eine gute Lösung für den Lärmschutz entlang der Strecke.



Ein Thema, das mich und meinen Kollegen Martin Habersaat (MdL) seit einigen Monaten beschäftigt, ist die Müllverbrennungsanlage (MVA) in Stapelfeld. Bürgerinitiativen üben immer wieder Kritik an den Plänen des Betreibers, eine Klärschlammverbrennungsanlage (KVA) in Stapelfeld zu bauen. Neben der Sorge um höhere Umweltbelastungen, sehen sie die Gefahr von Mülltourismus und fordern eine konsequente Umsetzung des BVT-Ansatzes. Demnach muss der ‚Bestverfügbare

Stand der Technik' angewendet werden. Wir haben uns mit dem Thema auseinandergesetzt, eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt und uns mit den Initiativen getroffen. Die Basis für die Arbeit zu diesem Thema bildet der, auf dem letzten KPT beschlossene Antrag zur MVA/KVA in Stapelfeld.



Regionalgeschichte war schon immer eine meiner Interessen und immer wieder lief mir das Thema Kolonialismus dabei über den Weg. Auch in Schleswig-Holstein gibt es ein koloniales Erbe, das es aufzuarbeiten gilt. Das wurde nochmal deutlich durch eine Große Anfrage des SSW an die Landesregierung. Neben den Bestrebungen, die bereits von verschiedenen Stellen im Land ausgehen, müssen wir uns vor der eigenen Haustür umschauen.

Da sind Straßennamen oder Kulturdenkmäler, die direkt oder indirekt mit kolonialer Ausbeutung, Ungerechtigkeit und Rassismus zu tun haben. So war das Schloss Ahrensburg im Besitz der Schimmelmanns, die ihren Reichtum mit menschenverachtendem Kolonialismus machten. Das muss bekannt sein und kritisch betrachtet werden. Der heutige Rassismus in unserer Gesellschaft hat eine seiner Wurzeln im Denken der Kolonialzeit. Deshalb berührt mich dieses Thema nicht nur als Menschen und Stormarner Landtagsabgeordneter, sondern auch als Fach-

politiker in den Bereichen Rechtsextremismus und Demokratie. Auch aus diesem Grund habe ich die Debatte um den Sklavenhändler Heinrich Carl Schimmelmann in Ahrensburg mit vorangetrieben.

Das Thema koloniale Vergangenheit liegt mir sehr am Herzen und wird auch in Zukunft Teil meiner Arbeit sein. In der Presse und als Gast auf einer Podiumsdiskussion der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ahrensburg konnte ich meine Position darlegen. Neben einer allgemeinen Sensibilisierung und einem erweiterten Bildungsangebot fordere ich ein Mahnmal für die Opfer des Sklavenhandels in Ahrensburg



Überblick über meine Arbeit als MdL (Oktober 2018 bis Oktober 2020)

Mitglied des Landtages seit der 18. Wahlperiode (2012) (nachgerückt am 12.06.2012)

Ausschüsse und Sprecherfunktionen (Oktober 2018 bis Oktober 2020)

Mitglied im Petitionsausschuss

Mitglied im Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg

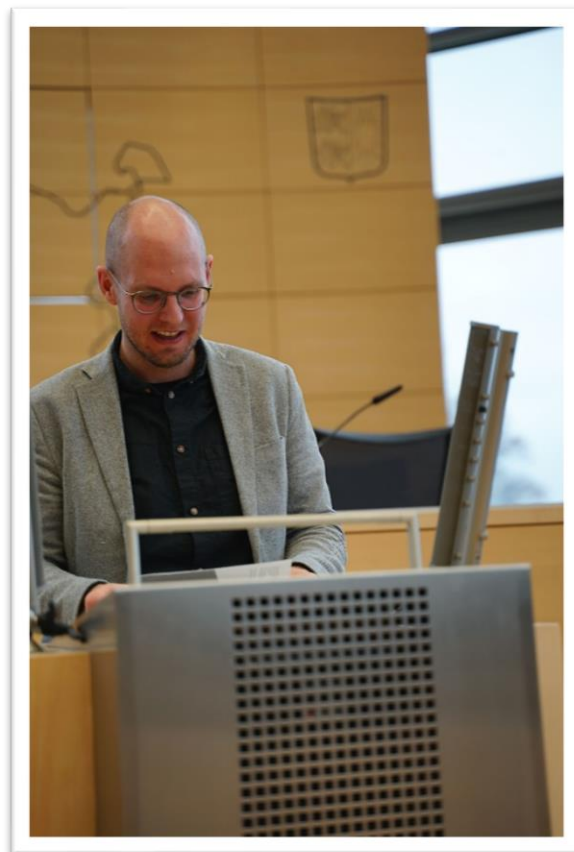
Stellv. Mitglied im Bildungsausschuss des Landtages

Stellv. Mitglied im Sozialausschuss des Landtages

Sprecher für die Fachbereiche: Demokratie, Rechtsextremismus, Kinder- und Jugend, Politische Bildung, Berufliche Bildung (bis 2020)

Reden im Plenum (Oktober 2018 bis Oktober 2020)

17.06.2020	zu „Grundrechte- oder Hygienesemonstrationen“	08.11.2018	zu „Vertrag zur Förderung jüdischen Lebens“
17.06.2020	zu „Linksextremismus ächten + Verfassungsschutzbericht“	28.09.2018	zu „Demokratie stärken“
08.05.2020	zu „Gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Terror“	28.09.2018	zu „Ein Ministerium für alle Schulen“
23.01.2020	zu „Geschehnisse im Rahmen von Kinderkuren aufarbeiten“		
29.08.2019	zu „Schutz gegen rechtsextreme Bedrohungen“		
28.08.2019	zu „AfD-Antrag zur Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten“ (3 Min.)		
28.08.2019	zu „Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes“		
20.06.2019	zu „Pflegekinder und Heimkinder finanziell entlasten“		
17.05.2019	zu „Verfassungsschutzbericht 2018“		
17.05.2019	zu „Landesaktionsplan gegen Rassismus“		
15.02.2019	zu „Mindestausbildungsvergütung für Auszubildende einführen“		
14.02.2019	zu „Kinder und Jugendliche in der Heimerziehung“		
13.12.2018	zu „Reichsbürger*innenbewegung“ in Schleswig-Holstein“		



Kleine Anfragen (Auswahl – Oktober 2018 bis Oktober 2020)

24.07.2020	Corona-Hilfen für Jugendherbergen und Jugendgästehäuser	29.01.2019	Bundeswehr auf Jobmessen in den Schuljahren 2016/17 & 2017/18
01.07.2020	Von der Polizei registrierte Straftaten im Bereich der "Politisch Motivierten Kriminalität - Rechts" sowie Hassdelikte im ersten Quartal 2020	03.12.2018	Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen
24.01.2020	Jugendhilfe-Rahmenvertrag	16.11.2018	Rechtsextreme Musikveranstaltungen in Schleswig-Holstein 2017
19.12.2019	B 404: Verzögerung und Fertigstellungstermin des dreispurigen Ausbaus zwischen den Anschlussstellen Lütjensee/Schönberg und Lütjensee/Grönwohld	11.10.2018	Von der Polizei registrierte Straftaten im Bereich der "Politisch Motivierten Kriminalität - Rechts" im zweiten Quartal 2018
16.11.2019	Förderung der parteinahen Stiftungen	09.11.2018	Untersuchung zum sexuellen Missbrauch in der Katholischen Kirche
07.11.2019	Von der Polizei registrierte Straftaten im Bereich der "Politisch Motivierten Kriminalität - Rechts" sowie Hassdelikte im ersten Quartal 2019		
29.05.2019	Neubau der Müllverbrennungsanlage (MVA) Stapelfeld [zusammen mit Martin Habersaat]		
15.04.2019	Bundeswehr an Schulen und auf Jobmessen		
12.04.2019	Rechtsextremistische Musikveranstaltungen in Schleswig-Holstein in den Jahren 2018 und 2019		



Anträge (Oktober 2018 bis Oktober 2020)

25.09.2020	Jugendpolitik im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft stärken	29.05.2019	Pflegekinder und Heimkinder finanziell entlasten
03.06.2020	Verschwörungserzählungen stoppen	06.02.2019	Mindestvergütung für Auszubildende einführen
22.01.2020	Geschehnisse im Rahmen von Kinderkuren in Schleswig-Holstein aufarbeiten	30.01.2019	Kinder und Jugendliche in der Heimerziehung nicht allein lassen
12.08.2019	Besserer Schutz von Demokrat*innen gegen rechtsextreme Bedrohungen	06.11.2018	Antisemitismus bereits in der Schule vorbeugen
		26.09.2018	Demokratiebildung stärken
		07.09.2018	Ein Ministerium für alle Schulen

Wahlkreisbüro Stormarn-Mitte

Manhagener Allee 17
22926 Ahrensburg

abgeordneter@tobiasvonpein.de

Persönliche Termine gern nach Absprache.

Wahlkreismitarbeiter in Ahrensburg:

Olav Böhm
o.boehm@tobiasvonpein.de
Tel.: 04102/8912274

Krister Steffens
k.steffens@tobiasvonpein.de
Tel.: 04102/8912274

www.tobiasvonpein.de

auch bei   